

Eine amtliche Mitteilung gegen die falschen Gerüchte über ein Moratorium.

Die heutige „Wiener Zeitung“ verlautbart die nachstehende Mitteilung:

„Da das Publikum in den letzten Tagen durch Gerüchte über die beabsichtigte Erlassung eines Moratoriums beunruhigt wurde, sieht sich die Regierung zu der Mitteilung veranlaßt,

daß eine derartige Maßnahme gar nicht erwogen wurde. Die Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Moratorium in keiner Hinsicht für gerechtfertigt halten und ist in voller Übereinstimmung mit den Kreditinstituten der Meinung, daß eine solche Verfügung von den schädlichsten Folgen begleitet sein würde. Den vorübergehenden aufgetretenen Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Banknoten wird durch verschiedene Auskunftsstellen in kürzester Zeit abgeholfen werden; vor allem wird die Notenfabrikation in den nächsten Wochen wesentlich gesteigert; außerdem werden dem Verkehr Kassenscheine der Kriegsdarlehenskassa, unverzinsliche Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank, bestätigte Schecks der Oesterreichisch-ungarischen Bank und Kassenscheine der Stadt Wien zur Verfügung gestellt; endlich werden auch die in den Monaten November und Dezember 1918 und im Jänner 1919 fälligen Coupons der Kriegsanleihen der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienstbar gemacht, indem die Verfügung getroffen wird, daß sie bei einer Reihe öffentlicher Kassen und Ämter schon vor der Fälligkeit an Zahlungsstatt anzunehmen sind. Im privaten Verkehr besteht allerdings keine Verpflichtung zur Annahme dieser Ersatzzahlungsmittel, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie gleichwohl im Hinblick auf die gesicherte Umwechslung, beziehungsweise Einlösung in Banknoten die gleichen Dienste wie diese leisten werden.“

Es ist gut, daß nun amtlich den falschen Gerüchten über die Erlassung eines Moratoriums entgegengetreten wird. Diese Gerüchte entbehren, wie sich zeigt, jeder Begründung und sie sind lediglich ein Produkt der jetzt herrschenden allgemeinen Nervosität. Zuerst hat das Verbergen der Banknoten begonnen, und als sich infolge dessen Störungen im Zahlungsverkehr ergeben haben, da sind die Gerüchte über eine Stundungsverordnung aufgetaucht, die bei dem nunmehr vormaligenden Mißtrauen fortzuehend wieder zu erhebungen bei den Instituten, bei Banken und Sparkassen Anlaß geboten. Die amtliche Mitteilung besagt, daß die Erlassung eines Moratoriums niemals in Erwägung gezogen wurde, daß die Regierung vielmehr in Übereinstimmung mit den Kreditinstituten eine solche Verfügung für schädlich halten würde. Freitag abends hat, wie wir hören, in der Oesterreichisch-ungarischen Bank eine Konferenz stattgefunden, an der seitens des Finanzministeriums Ministerialrat Dr. R. v. Thoma, seitens des Noteninstitutes Vizegouverneur Dr. Freytag v. Gruber und Generalsekretär Eder v. Schmitt teilnahmen. In dieser Beratung wurde der Beschluß gefaßt, dem Finanzminister in Vorschlag zu bringen, daß gegen die Moratoriumsgerüchte eine amtliche Erklärung erfolgen möge. Nachträglich wird auch bekannt, daß diese Gerüchte schon in einer Beratung zur Sprache gekommen sind, die in der Vorwoche beim Finanzminister Dr. Freiherrn v. Wimmer stattgefunden hat, an welcher Sitzung auch Gouverneur Geheimer Rat Dr. Freiherr v. Schuster, Vizegouverneur Dr. Freiherr v. Gruber, ferner Herrenhausmitglied Louis Freiherr v. Rothschild, sowie eine Reihe von Wiener Bankdirektoren teilgenommen haben und in der Maßnahmen besprochen wurden, die dazu dienen sollen, den Besitzern von Kriegsanleihen volle Beruhigung zu gewähren. Im Verlaufe der Diskussion ist die Rede auch auf den Banknotenmangel gekommen. Die Leiter der Finanzinstitute erklärten, daß dazu keine Nötigung vorliege und der Finanzminister hat betont, auch seine Meinung gehe dahin, daß alle Maßregeln durchgeführt werden müssen, damit bei der Perfolvierung der Zahlungs-

gen kein Anstand vorkomme und damit sich alle Gerüchte über ein Moratorium als grundlos erweisen. Bei Beginn des Krieges ist in der ersten Panik ein Moratorium beschlossen worden, über dessen Zweckmäßigkeit schon damals die Meinungen auseinandergegangen sind. Gerade die damals gemachten Erfahrungen sprechen gegen die Erlassung eines Moratoriums, die sichere Ueberzeugung, daß dieser Rummel binnen wenigen Tagen vorbeigehen und die Beruhigung wiederkehren wird. Bei einem Notenumlauf von 29 Milliarden Kronen wäre es in der Tat sinnlos, an ein Moratorium zu denken. Der Notstand wird bald beseitigt sein, der dadurch entstanden ist, daß die Notendruckerei technisch dem Bedarf nicht zu folgen vermag, der infolge des unbegründeten Verschwindens großer Pakete von Banknoten aus dem Verkehr entstanden ist.

Die Nervosität, die im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen entstanden ist, äußert sich eben auch in den Störungen des Zahlungsverkehrs, nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland. Aber auch in den neutralen Staaten treten die gleichen Erscheinungen zutage. Als Kuriosum sei erwähnt, daß eine große holländische Textilfirma die Gehälter der Beamten und die Löhne der Arbeiter infolge Mangels an Zahlungsmitteln in — Seringen ausbezahlt hat. Im übrigen werden nicht nur Banknoten, sondern auch Schmuckgegenstände versteckt; es ist der Oesterreichisch-ungarischen Bank bekannt, daß eine Reihe der größten Brillantschleifereien in Amsterdam nur für österreichische Kurdschaft arbeitet. Ueber die letzten Gründe, welche dieses Hamstern von Banknoten im großen Stil veranlassen, ist man sich nicht recht im Klaren. So viel ist sicher, daß Agenten der Entente durch Verbreitung falscher Gerüchte Beunruhigung hervorzurufen trachten. Die gleichen Wirkungen erzeugt aber auch das gefährliche Spiel mit besitzfeindlichen Projekten, in deren Mittelpunkt Doktrinaire namentlich gerne die zukünftige Vermögensabgabe stellen. Gegen Ausstreunungen im Besonderen, die die Sicherheit der Kriegsanleihen in Frage stellen, haben sich Mitteilungen gemeldet, die vor einigen Tagen an die feierlichen Versicherungen des österreichischen Finanzministers hinsichtlich der begünstigten Behandlung der Kriegsanleihen erinnerten. Immer muß auch darauf hingewiesen werden, daß von

offizieller tschechischer Seite die Uebernahme eines Teiles der Staatsschuld noch nicht bestritten worden ist. Die Oeffentlichkeit begrüßt jedenfalls jede Annäherung der Nationalversammlungen, in der sicheren Ueberzeugung, daß es schließlich gewiß gelingen wird, die schwebenden finanziellen Fragen nach Recht und Billigkeit, wie es in dem Manifest des Kaisers heißt, erfolgreich zu lösen. Die von Tag zu Tag steigenden Friedenschancen müssen im Zusammenhang mit der beginnenden Klärung in Oesterreich und in Ungarn zu einer beruhigteren Auffassung der Lage führen und damit auch der herrschenden Nervosität ein Ende machen. Wenn das Publikum sieht, daß alles bezahlt wird — und es wird alles bezahlt, wenn auch vielleicht Verzögerungen von ein bis zwei Tagen in der Liquidierung ganz großer Beträge eintreten mögen — dann wird es ebenso, wie das bei Kriegsbeginn der Fall war, in der kürzesten Zeit das alte Vertrauen wiedergewinnen.

Das vorstehende Communiqué zählt die verschiedenen Auskunftsstellen auf, die zur Behebung der vorübergehenden Schwierigkeiten dienen sollen. Als der Oeffentlichkeit noch nicht bekannte Maßnahme kommt, nach dem Muster Deutschlands, die Voreinlösung der im November und Dezember 1918 und im Jänner 1919 fälligen Coupons der Kriegsanleihen in Betracht. Im übrigen arbeitet die Notendruckerei mit Hochdruck, ihre Erzeugung beträgt täglich 72 bis 73 Millionen Kronen, wovon nach Bedeckung des Bedarfes der Budapester Hauptanstalt und der Filialen der Löwenanteil auf Wien entfällt. Die Heeresverwaltung, die sonst in erster Linie berücksichtigt wird, hat in den letzten Tagen sogar ihre Bereitwilligkeit erklärt, die disponiblen Summen zur Verfügung der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu halten. Das Kriegsministerium hat Arbeitskräfte sowie die notwendigen Materialien zur Verfügung gestellt. Bis zum Ende des Jahres soll die Notendruckerei eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit um 95 Prozent erhalten.

Gestern war der Andrang bei den Instituten wieder sehr groß. Die Wiener Banken erklären übereinstimmend, daß bei ihnen alle Rückzahlungsanforderungen voll befriedigt wurden. Die Banken hatten hiefür durch große Barbestände, welche sie gestern von der Oesterreichisch-ungarischen Bank bezogen hatten, vorgesorgt. Kleinere Beträge von mehreren tausend Kronen wurden voll in Banknoten, zum Teile in kleineren Noten gezahlt, doch wo große Summen, beispielsweise 100.000 Kronen oder darüber, zurückverlangt wurden, wurde ein Teil dieser Summe über die Bedürfnisse des Zahlungsverkehrs nötig ist, in Banknoten, ein Teil in Absta-Kassenscheinen der Oesterreichisch-ungarischen Bank oder in Darlehenskassenscheinen gezahlt.